

Die schrecklichen Meldungen zu Terrorattacken reissen nicht ab. Zurzeit ist die Schweiz glücklicherweise noch nicht so stark betroffen wie andere europäische Länder, es zeichnen sich aber auch bei uns bereits beunruhigende Entwicklungen ab. Schon vor zwei Jahren schätzte der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) die Terrorbedrohung in Europa und auch in der Schweiz als «nach wie vor erhöht.» ein. Der Angriff eines 15-jährigen Messerstechers auf einen orthodoxen Juden vom vergangenen März ist ein Beispiel dafür. Der NDB schreibt weiter: «Die Terrorgefahr ist diffuser geworden und geht in erster Linie von radikalisierten Personen aus, die Gewaltakte mit einfachsten Modi operandi wie beispielsweise Messer- oder Fahrzeugangriffen verüben. Als mögliche Täter kommen in der Schweiz radikalisierte Personen, Rückkehrer aus Konfliktgebieten oder aus dem Justizvollzug entlassene Dschihadisten in Frage.»

Der Attentäter von Solingen sei bisher nicht als islamistischer Extremist bekannt gewesen sein. Gesichert ist aber, dass er schon lange hätte abgeschoben werden sollen. In einem Artikel vom 28.08.2024 mit dem Titel «Woran die Ausschaffung des Solingen-Attentäters scheiterte»¹ fällt die NZZ ein vernichtendes Urteil über die deutsche Asylpolitik. Es stellt sich die Frage, wie sich die Situation in der Schweiz, bei der vorliegenden Interpellation in Basel, darstellt.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Terrorlage in Basel im Allgemeinen?
2. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um die Bevölkerung vor Terrorataten wie in Solingen oder Zürich zu schützen?
3. Muss sich die Bevölkerung zusätzlich zu den vom Regierungsrat vorgenommenen Massnahmen schützen? Wie kann sich die Bevölkerung schützen?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Terrorlage in Basel speziell im Hinblick auf mögliche («schlafende») Täter aus dem islamischen Kulturkreis?
5. Was unternimmt der Regierungsrat konkret bezüglich
 - a. In der Schweiz radikalisierten Personen
 - b. Zuzüger und Rückkehrer aus Konfliktgebieten
 - c. Aus dem Justizvollzug entlassenen Dschihadisten? Sollte sich in Basel diese Frage per dato noch nicht gestellt haben, möge er sagen, wie er sich auf diese Situation vorbereitet.
6. Welche Gefahr erkennt der Regierungsrat im Themenkomplex «islamistische Schläfer» und welche präventiven Massnahmen ergreift er?
7. Im Solingen-Fall hat das Dublin-Abkommen vollständig versagt. Ist der Regierungsrat bereit, Rückweisungen, welche unter dieses Abkommen fallen, konsequent umzusetzen? Wenn Nein, wieso nicht?

¹ Solingen: Wie die Bundesregierung bei Abschiebungen von Asylmigranten versagt (nzz.ch)